

Datenschutzerklärung

Wir freuen uns über Ihr Interesse am Online-Angebot des Lehrstuhls für Bürgerliches Recht, europäisches und deutsches Arbeitsrecht der Universität Bayreuth (im Folgenden: Lehrstuhl Zivilrecht II). Datenschutz hat für den Lehrstuhl einen hohen Stellenwert. Eine Nutzung der Internetseiten des Lehrstuhls ist ohne jede Eingabe personenbezogener Daten möglich. Die nachfolgende Datenschutzerklärung legt die Begrifflichkeiten der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) zugrunde.

Name und Anschrift des für die Verarbeitung Verantwortlichen

Verantwortlicher im Sinne der Datenschutz-Grundverordnung, sonstiger in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union geltenden Datenschutzgesetze und anderer Bestimmungen mit datenschutzrechtlichem Charakter ist:

Lehrstuhl für Bürgerliches Recht, europäisches und deutsches Arbeitsrecht
(Lehrstuhl für Zivilrecht II)
Universitätsstraße 30
95447 Bayreuth
Deutschland
Tel.: +49 (0)921 / 55-6341
Website: www.zivilrecht2.uni-bayreuth.de

Datenverarbeitung bei unseren Online-Veranstaltungen

Sofern sich eine betroffene Person zu einer Veranstaltung der Online-Tagungsreihe „Diskussionsforum Arbeitsrecht Online“ des Lehrstuhls Zivilrecht II anmeldet, werden personenbezogene Daten verarbeitet. Die Verarbeitung erfolgt zum Zwecke der Organisation und Durchführung der Veranstaltung, für die die Anmeldung erfolgt ist, sowie für die Folgeveranstaltungen der Tagungsreihe. Die personenbezogenen Daten werden bis zum Ende der Tagungsreihe, höchstens für die Dauer von 25 Jahren gespeichert und nicht an Dritte weitergegeben.

Soweit die entsprechenden Voraussetzungen der DS-GVO erfüllt sind, besteht das Recht auf Auskunft über die gespeicherten Daten, auf Berichtigung unzutreffender Daten, auf Löschung von Daten, auf Einschränkung der Verarbeitung von Daten, auf Widerspruch gegen die Datenverarbeitung sowie auf Datenübertragbarkeit. Sofern der Datenverarbeitung eine Einwilligungserklärung zugrunde liegt, kann diese jederzeit widerrufen werden, ohne dass die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung berührt wird. Ferner besteht das Recht, sich bei der zuständigen Aufsichtsbehörde zu beschweren.

Eine automatisierte Entscheidungsfindung, einschließlich Profiling, findet nicht statt.

Rechtsgrundlage der Verarbeitung

Besteht für die Verarbeitung personenbezogener Daten eine Einwilligung, beruht die Verarbeitung auf Art. 6 Abs. 1 Satz 1 Buchstabe a DS-GVO, im Übrigen auf Art. 6 Abs. 1 Satz 1 Buchstabe e und f DS-GVO aufgrund des sowohl öffentlichen als auch berechtigten Interesses des Lehrstuhls Zivilrecht II an der arbeitsrechtswissenschaftlichen Forschung.